

Hans Rattinger

Wahlbeteiligung und Akzeptanz der demokratischen Wahlnorm

1. Einleitung

Nach Wahlbeteiligungsraten von deutlich über 90 Prozent bei den Bundestagswahlen der 70er Jahre ging die Wahlbeteiligung seit 1983 deutlich zurück. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 war sie in Westdeutschland niedriger als bei der ersten Bundestagswahl von 1949; in Ostdeutschland lag sie noch darunter. Diverse Interpretationen dieser Entwicklung werden angeboten: Von einer „Normalisierung“ ist die Rede; als ungewöhnlich werden also die extrem hohen Beteiligungsraten der 70er Jahre deklariert, nicht der folgende Rückgang.¹ Diese Betrachtungsweise kann u.a. darauf verweisen, daß der soziale Wandel generell zu einer Verstärkung weniger festgelegter und eher zum Wechsel bereiter Wählergruppen geführt hat („Tertiarisierung“ und „Neuer Mittelstand“ sind die Stichworte), für die Wahlenthaltung lediglich eine der Optionen zur Wechselwahl darstellt. Vor diesem Hintergrund wird sogar von einem Trend zu einem „postelektoralen Zeitalter“ gesprochen.² In einer anderen Sicht wird fallende Wahlbeteiligung als Symptom der vielfach beschworenen Parteien-, Politik- und Politikerverdrossenheit aufgefaßt. Nichtwahl und Protestwahl sind demnach zwei Seiten einer Medaille: Die mit den „Altparteien“ unzufriedenen Bürger können ihren Denkkzettel entweder persönlich an der Wahlurne abliefern – oder durch (vorübergehenden) Rückzug aus der Politik zum Ausdruck bringen.³

Der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland hat der einschlägigen Forschung eine neue Konjunktur verschafft. Viele wichtige Erklärungsgrößen sind aus der internationalen Literatur und den früheren hiesigen Studien längst bekannt. Wahlenthaltung steht in systematischem und immer wieder reproduziertem Zusammenhang mit verschiedenen sozialstrukturellen und demographischen Hintergrundvariablen und bestimmten politischen Einstellungsmustern. Bei simultaner Berücksichtigung erweisen sich die letzteren stets als wirkungsmächtiger, was kaum überraschen kann.⁴ Vorliegen und Stärke einer Parteiidentifikation, Demokratiezufriedenheit und politisches Interesse gehören zu den stärksten attitudinalen Korrelaten der Wahlbeteiligung.⁵

¹ S. Dieter Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* Köln 1992, S. 58-68.

² S. Benjamin Ginsberg, Martin Shefter, *Politics With Other Means*, New York 1990.

³ S. Jürgen W. Falter, Siegfried Schumann, Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B-1/1993, S. 36-49.

⁴ S. Iris Krimmel, *Nichtwähler in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Untersuchung anhand von Umfragedaten für den Zeitraum von 1980 bis 1991* (Diplomarbeit im Diplom-Studiengang Politikwissenschaft der Universität Bamberg), Bamberg 1993.

⁵ Vgl. Jürgen W. Falter, a.a.O.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einem weiteren Erklärungsfaktor, nämlich der Akzeptanz der Norm, daß es in der Demokratie gewissermaßen Bürgerpflicht ist, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen. Von einer solchen Vorstellung wird in normativen Überlegungen über Grundlagen der Funktionsfähigkeit der Demokratie häufig ausgegangen, wenn etwa der Rückgang der Wahlbeteiligung hierzulande oder die sehr niedrige Quote in den USA beklagt wird. In einigen politischen Systemen ist diese Norm denn auch als rechtliche Verpflichtung konkretisiert (Wahlrecht = Wahlpflicht). Verglichen mit anderen Erklärungsgrößen ist die Internalisierung einer solchen Wahlnorm aber relativ wenig erforscht⁶, was vor allem am Fehlen einschlägiger Erhebungen mit einem konstanten Instrument über einen längeren Zeitraum hinweg liegt. Dennoch ist Falter zuzustimmen, wenn er vermutet, daß „das Empfinden oder Nichtempfinden einer Wahlnorm . . . die bei der Analyse der Zeitverläufe zwischen 1980 und 1992 „fehlende“ Einflußgröße darstellen (könnte)“.⁷ In unserer kurzen Untersuchung der Bedeutung der Wahlnorm für die Wahlbeteiligung in Deutschland gehen wir wie folgt vor: Zunächst beleuchten wir den Zusammenhang zwischen Wahlnorm und Wahlbeteiligung. Anschließend wird gefragt, von welchen Faktoren die individuelle Internalisierung dieser Norm abhängt.

2. Daten

Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts des Verfassers über „Determinanten und Strukturen außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik“ wird unter anderem eine Wiederholungsbefragung identischer Probanden in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Die erste Welle war im Juni und Juli 1992 mit jeweils etwas über 1 000 Befragten in beiden Landesteilen im Feld, die zweite Erhebung wurde im Februar und März 1993 durchgeführt. Dabei wurden jeweils über 700 Personen erneut befragt. Die dritte und letzte Welle befand sich bei Abfassung dieses Beitrags noch im Feld. In allen Erhebungen wurde ziemlich am Anfang des Interviews (vor der aktuellen Wahlabsicht) wie folgt nach der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung gefragt: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“. Nach etwa zwei Dritteln der im Durchschnitt rund einstündigen Befragung wurde in einer längeren Batterie von Zustimmungs-Items auch das folgende Statement vorgelegt: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“. Als Befragungshilfe lag dabei eine Liste mit fünf Ausprägungen vor: „Stimme völlig zu“, „stimme eher zu“, „stimme teils zu/teils nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“. Die Antworten auf diese beiden Fragen stehen im Vordergrund der nachfolgenden Auswertungen.

⁶ Eine der seltenen Ausnahmen findet sich bei Jürgen W. Falter, a.a.O.

⁷ Ebd.

3. Wahlbeteiligung und Wahlnorm

In den alten Bundesländern ist die Akzeptanz der Wahlnorm und die Neigung zur Wahlbeteiligung von 1992 nach 1993 geringfügig zurückgegangen, in den neuen Bundesländern blieb die Wahlneigung unverändert, und die Akzeptanz der Wahlnorm nahm etwas zu, lag aber auch 1993 noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Tabelle 1 zeigt ferner, daß unsere abgestufte Frage nach der Wahlteilnahme den oft eingesetzten dichotomen Varianten weit überlegen ist, bei denen beklagt wird, daß die Nichtwähleranteile erheblich unterschätzt werden. Faßt man die Vorgaben als eine Wahrscheinlichkeitsskala mit gleichen Intervallen von null bis eins auf, dann haben die beiden Teilstichproben eine fiktive Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme von 80 bzw. 76 Prozent im Westen und 72,5 Prozent im Osten. Die tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1990 betrug 78,6 bzw. 74,5 Prozent. Eine weitere Validierung ergibt sich aus dem Vergleich mit der

Tabelle 1:
Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung und Akzeptanz der Wahlnorm
in Ost- und Westdeutschland 1992 und 1993

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1992	1993	1992	1993
<i>Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung</i>				
% bestimmt	60,4	58,0	56,9	57,2
% wahrscheinlich	20,5	18,7	14,2	12,9
% vielleicht	7,7	9,0	7,6	8,9
% wahrscheinlich nicht	4,5	5,8	7,7	7,5
% bestimmt nicht	6,8	8,5	13,7	13,5
% weiß nicht, keine Antwort	3,6	6,5	3,5	2,7
Mittelwert auf Skala von 0 bis 1	0,797	0,761	0,724	0,726
<i>Akzeptanz der Wahlnorm</i>				
% stimme völlig zu	45,7	43,7	32,1	31,6
% stimme eher zu	26,5	27,9	21,7	24,2
% teils/teils	15,6	15,7	17,6	22,6
% stimme eher nicht zu	6,3	7,0	12,6	11,8
% stimme gar nicht zu	5,9	5,8	16,1	9,8
% weiß nicht, keine Antwort	2,7	4,0	4,6	3,8
Mittelwert auf Skala von 0 bis 1	0,743	0,732	0,598	0,635

anschließenden „Sonntagsfrage“ nach der aktuellen Parteipräferenz. Befragte, die „bestimmt“ zur Wahl gehen wollten, gaben 1992 im Westen nur zu 16 Prozent keine konkrete Wahlabsicht an, im Osten zu 14 Prozent (1993: 9 bzw. 12 Prozent). Unter denjenigen, die „wahrscheinlich nicht“ wählen wollten (bei der Antwort „bestimmt nicht“ wurde über die „Sonntagsfrage“ hinweggefiltert), hatten 1992 in beiden Landesteilen 45 Prozent keine konkrete Wahlabsicht, 1993 waren es sogar 56 Prozent in West- und 67 in Ostdeutschland.

Der bivariate Zusammenhang zwischen der Akzeptanz der Wahlnorm und der Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, ist sehr deutlich: „Bestimmt“ wählen wollten von denjenigen, die der Wahlnorm „überhaupt nicht“ zustimmen, im Mittel beider Erhebungen nur rund ein Viertel im Westen und etwas über 30 Prozent in den neuen Bundesländern. Von denjenigen mit völliger Zustimmung wollten im Westen und Osten jeweils rund 80 Prozent „bestimmt“ wählen. In Tabelle 2 lassen sich diese Unterschiede noch genauer ablesen. Bei starker Zustimmung liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung in beiden Landesteilen bei knapp 90 Prozent oder darüber, bei starker Ablehnung unter 50 Prozent. Die Korrelationen zwischen Wahlnorm und Wahlbeteiligung betragen in beiden Erhebungen einheitlich 0,41 in West- und 0,43 in Ostdeutschland. Die ebenfalls berechneten Korrelationen der Wahlbeteiligung mit einer Vielzahl von anderen sozialstrukturellen Größen und politischen Interesse- und Einstellungsskalen liegen durchweg deutlich niedriger. Bei bivariater Betrachtung erweist sich die Internalisierung der Wahlnorm also als eine zentrale Erklärungsgröße für die individuelle Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung.

Tabelle 2:

Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung nach Akzeptanz der Wahlnorm in Ost- und Westdeutschland 1992 und 1993

<i>Akzeptanz der Wahlnorm</i>	Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung			
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1992	1993	1992	1993
stimme völlig zu	0,909	0,887	0,925	0,919
stimme eher zu	0,781	0,757	0,816	0,785
teils/teils	0,697	0,665	0,634	0,614
stimme eher nicht zu	0,672	0,638	0,565	0,566
stimme gar nicht zu	0,446	0,372	0,491	0,457

Um nicht Scheinzusammenhänge zu berichten, wurde eine umfassende Regressionsanalyse der Wahlbeteiligung durchgeführt, in welche neben der Akzeptanz der Wahlnorm die folgenden Prädiktoren einbezogen wurden: Alter, Bildung, Geschlecht, Bewertungen der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage, ihrer jüngsten Entwicklung und entsprechende Zukunftserwartungen, Medienkonsum, Aufmerksamkeit gegenüber politischen Medieninhalten, Verbundenheit mit einer Kirche, Zufriedenheit mit der Demokratie, Bewertung der Bundesrepublik wegen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bzw. der Garantie von Freiheitsrechten, Links-Rechts-Selbsteinstufung, Vorliegen und Stärke einer Partei-

identifikation, Postmaterialismus, Anomiegefühl, eine Skala für kognitive Rigidität und Autoritarismus und schließlich bürgerliches Kompetenzgefühl (efficacy). Aus dieser Analyse gehen als konsistent wichtigste Erklärungsfaktoren neben der Akzeptanz der Wahlnorm die Demokratiezufriedenheit und die Stärke der Parteiidentifikation (kodierte mit null für Nicht-Identifizierer) hervor.

Tabelle 3:

Regression der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung auf Akzeptanz der Wahlnorm, Demokratiezufriedenheit und Stärke der Parteiidentifikation

Betakoeffizienten der	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1992	1993	1992	1993
Akzeptanz der Wahlnorm	0,359 ^c	0,268 ^c	0,339 ^c	0,328 ^c
Demokratiezufriedenheit	0,135 ^c	0,181 ^c	0,167 ^c	0,007
Stärke der Parteiidentifikation	0,143 ^c	0,276 ^c	0,300 ^c	0,385 ^c
R ²	0,207 ^c	0,274 ^c	0,309 ^c	0,320 ^c
R ² nur Akzeptanz der Wahlnorm	0,167 ^c	0,171 ^c	0,188 ^c	0,182 ^c
R ² ohne Akzeptanz der Wahlnorm	0,086 ^c	0,214 ^c	0,202 ^c	0,222 ^c
N	1046	703	1043	740

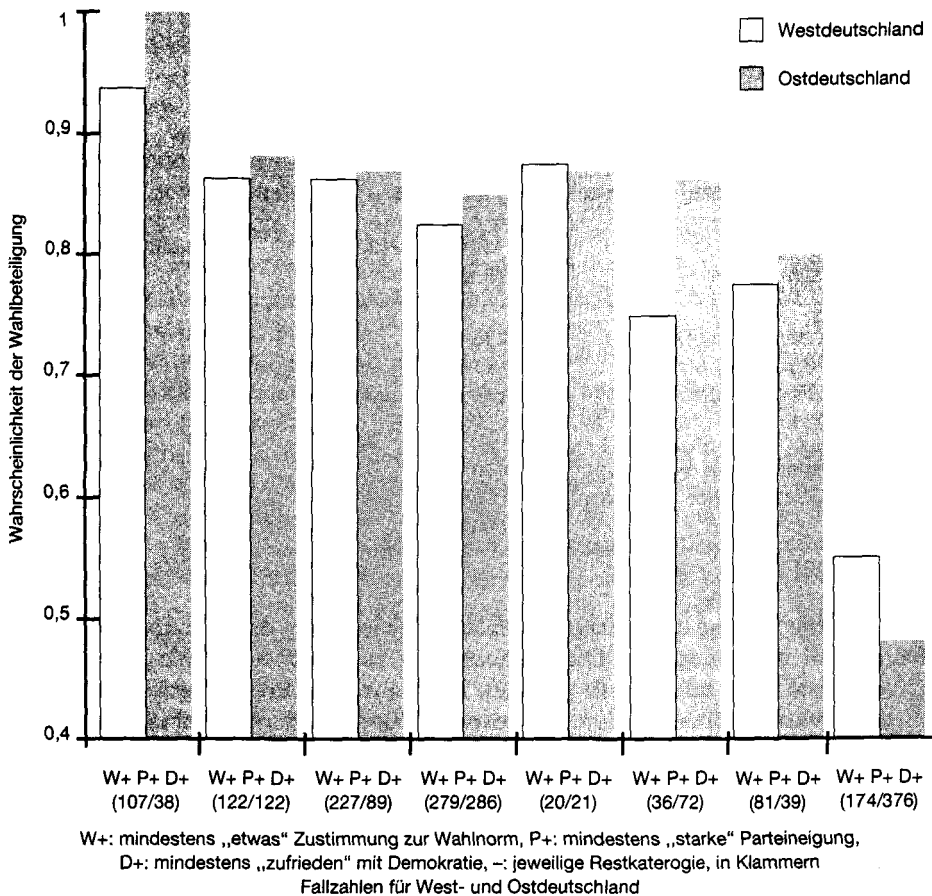
c: $p < 0,001$

In Tabelle 3 ist ein aus Platzgründen auf diese letzteren drei Variablen reduziertes Modell wiedergegeben. Die Einbeziehung zusätzlicher Prädiktoren aus der obigen Liste führt nur zu sehr geringen Zunahmen der Erklärungsleistung. Nach diesen Schätzergebnissen steigt in beiden Landesteilen die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung mit der Akzeptanz der Wahlnorm, der Zufriedenheit mit der Demokratie und der Stärke einer vorliegenden Parteiidentifikation deutlich an – und nimmt umgekehrt ab. Mit 21 bis 32 Prozent liegen die Anteile der erklärten Varianz in einer sehr respektablen Größenordnung. Aufgrund von Multikollinearität ist eine präzise Zuordnung erklärter Varianzanteile unmöglich. Regrediert man die Wahlbeteiligung nur auf die Wahlnorm bzw. nur auf die beiden anderen Prädiktoren, dann zeigt sich aber, daß zwischen minimal sechs und maximal 19 Prozent der Erklärungsleistung allein auf diese Größe zurückgehen müssen.

Die Kontrastgruppenanalyse der Abbildung 1 (wegen der höheren Fallzahlen nur für 1992 vorgeführt) verdeutlicht das Zusammenspiel dieser drei Erklärungsgrößen, auch wenn durch Dichotomisierung Information verlorengeht. Sind die drei Faktoren dissonant, treiben die Individuen also nicht alle in die gleiche Richtung, sehen wir eine relativ enge Bandbreite der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit zwischen 75 und knapp 90 Prozent. Herrscht jedoch Konsonanz, akzeptieren die Befragten die Wahlnorm, sind mit der Demokratie zufrieden und identifizieren sich stark mit einer Partei (oder ist dies jeweils nicht der Fall), findet man Extreme der Wahlbeteiligung vor: entweder weit über 90 oder nur um 50 Prozent. Besonders stark ist diese Polarisierung in Ostdeutschland.

Mit Daten einer Wiederholungsbefragung können wir auch untersuchen, ob ein Rückgang der individuellen Akzeptanz der Wahlnorm mit einer parallelen Ver-

Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung nach Akzeptanz der Wahlnorm, Stärke der Parteineigung und Demokratie



minderung der Wahlbeteiligungsneigung einhergeht. Der Abstand zwischen den beiden Panel-Wellen ist zu kurz, um daraus Schlüsse über die ganze Periode seit 1983 abzuleiten. Die Absicherung entsprechender Befunde wäre aber ein Hinweis darauf, daß der Rückgang der Wahlbeteiligung auch etwas mit der Erosion der Bereitschaft zu tun hat, die Gleichung „Wahlrecht = Wahlpflicht“ als verbindlich zu betrachten. Eine solche dynamische Analyse erfordert eine hinreichende Anzahl individueller Veränderungen von Wahlnorm und -neigung zwischen 1992 und 1993. Aufgrund der Korrelationen über die Zeit scheint es sie zu geben, denn die Akzeptanz der Wahlnorm korreliert im Westen zwischen den beiden Jahren nur mit 0,3 (im Osten 0,42), die Wahlbeteiligung mit 0,45 (0,56). Dieser erste Eindruck täuscht jedoch, weil bei der groben Metrik der beiden Skalen (jeweils nur fünf Punkte) Meßfehler unausweichlich sind. Eine bessere Vorstellung von der zeitlichen Stabilität vermitteln die Anteile derjenigen, die von der ersten zur zweiten Erhebung gar keine oder eine Veränderung um höchstens einen Skalen-

punkt aufweisen. In beiden Landesteilen sind das rund 75 Prozent bei der Wahlnorm und knapp 80 Prozent bei der Neigung zur Wahlteilnahme. Damit handelt es sich zwar einerseits um zwei Einstellungsdimensionen von erheblicher Stabilität, andererseits haben aber zwischen den beiden Zeitpunkten genügend Veränderungen stattgefunden, um sie miteinander in Beziehung zu setzen.

Tabelle 4:

Regression der Veränderung der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung auf Veränderungen der Akzeptanz der Wahlnorm, der Demokratiezufriedenheit und der Stärke der Parteiidentifikation

Betakoeffizienten der Veränderung der	Westdeutschland	Ostdeutschland
Akzeptanz der Wahlnorm	0,233 ^c	0,275 ^c
Demokratiezufriedenheit	0,173 ^b	0,136 ^b
Stärke der Parteiidentifikation	0,144 ^b	0,370 ^c
R ²	0,129 ^c	0,283 ^c
R ² nur Akzeptanz der Wahlnorm	0,079 ^c	0,129 ^c
R ² ohne Akzeptanz der Wahlnorm	0,078 ^c	0,213 ^c
N	310	302

In die Regressionsanalyse wurden nur diejenigen Befragten einbezogen, deren Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung sich zwischen den beiden Erhebungen verändert hatte.

b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$

Durch individuelle Veränderungen in der Zustimmung zur Wahlnorm, der Demokratiezufriedenheit und der Stärke von Parteiidentifikationen werden 13 Prozent der Varianz der Veränderungen der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit in Westdeutschland erklärt, über 28 Prozent in den neuen Bundesländern (Tabelle 4). In den alten Ländern geht der stärkste Effekt von Veränderungen der Wahlnorm aus, im Osten folgen sie nach Verschiebungen in der Stärke der Parteiidentifikation auf dem zweiten Platz. Einen anschaulichen Eindruck von der Stärke der durch dieses Modell erfaßten Zusammenhänge kann man erhalten, wenn man sich vorstellt, daß ein Proband zwischen den beiden Befragungen auf allen drei Größen die stärkste im jeweiligen Landesteil empirisch beobachtete Veränderung in positiver bzw. negativer Richtung durchgemacht hat, und daraus die Modellvorhersagen für die Veränderung der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit berechnet. Bei maximaler Zunahme der Zustimmung zur Wahlnorm usw. ging demnach in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung um 22 und in Ostdeutschland um 27 Punkte nach oben. Bewegten sich alle drei Erklärungsgrößen im maximalen Umfang nach unten, verringerte sich die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme um 20 Punkte in den alten und 30 in den neuen Bundesländern.

Die Anlage unserer Untersuchung als Wiederholungsbefragung erlaubt einen weiteren Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und -norm. In Tabelle 4 tun wir so, als seien die Veränderungen in den Antworten zur Wahlnorm und -beteiligung zwischen den beiden Jahren „echte“ Veränderungen, die

kausal aufeinander bezogen werden können. Dies ist eine legitime und sinnvolle Sichtweise. Man kann aber angesichts der geringen Aggregatveränderungen (s. Tabelle 1) auch ein alternatives Modell spezifizieren, daß wir nämlich wiederholte (fehlerbehaftete) Messungen zweier latenter Eigenschaften haben, die direkt nicht beobachtbar sind. Es gilt dann, zusammen mit der jeweiligen Meßgenauigkeit die durch Meßfehler unverzerrte, „wahre“ Korrelation zwischen den latenten Variablen Wahlneigung und Internalisierung der Wahlnorm zu schätzen. Tut man dies mittels eines geeigneten Programms (LISREL), erhält man Korrelationen von 0,88 für West- und 0,76 für Ostdeutschland. Diese Werte liegen geradezu dramatisch höher als die oben berichteten (meßfehlerbehafteten) Korrelationen in den beiden einzelnen Erhebungswellen. Es ist hier nicht zu entscheiden, welcher dieser beiden Sichtweisen und Auswertungsstrategien nach theoretischen und methodischen Kriterien der Vorzug zu geben ist. Wohl aber ist festzuhalten, daß unsere Daten Anhaltspunkte dafür liefern, daß der Zusammenhang zwischen Wahlnorm und -teilnahme noch wesentlich stärker sein könnte, als er sich in den oben vorgeführten Analysen darstellt.

4. Determinanten der Akzeptanz der Wahlnorm

Wenn feststeht, daß die Internalisierung der demokratischen Wahlnorm sowohl im Quer- wie im Längsschnitt starke Effekte auf die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung ausübt, stellt sich die Anschlußfrage, welche Bürger diese Norm mehr oder weniger akzeptieren. Um dieser Frage nachzugehen, wird hier eine schrittweise Regressionsanalyse der Wahlnorm auf die im vorigen Abschnitt aufgezählten Merkmale präsentiert, also auf demographische Größen, Wahrnehmungen der sozialen und ökonomischen Lage, Bewertungen des politischen Systems und der Parteien etc. Bei der schrittweisen Regression werden Prädiktoren nur dann in das Modell einbezogen, wenn sie einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variablen (hier der Wahlnorm) leisten.

Die Endmodelle in Tabelle 5 verdeutlichen, daß vor allem Orientierungen gegenüber dem politischen System, der Demokratie in Deutschland und den Parteien sowie politisches Interesse und Involvierung stark mit der Internalisierung der Wahlnorm zusammenhängen. Als in beiden Erhebungen und Landesteilen signifikante Prädiktoren erweisen sich Vorhandensein und Stärke von Parteiidentifikationen, die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Medieninhalten und die Zufriedenheit mit der Bundesrepublik wegen der hier garantierten Freiheitsrechte, also Zustimmung zu bzw. Ablehnung des Statements: „An der Bundesrepublik gefällt mir vor allem, daß wir hier Freiheit und Demokratie haben wie nur in wenigen anderen Ländern“. Zufriedenheit mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen („An der Bundesrepublik gefällt mir vor allem, daß der Staat viel für seine Bürger tut“) spielt im Vergleich dazu eine geringere Rolle. Während die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen nur 1993 signifikant mit der Wahlnorm zusammenhängt, sind Befragte mit positiveren Bewertungen ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation mit einer Ausnahme (Ostdeutschland 1993) stets deutlich geneigter, ihr zuzustimmen. Effekte sozialstruktureller Faktoren lassen sich bei

Tabelle 5:
Schrittweise Regressionsanalyse der Akzeptanz der Wahlnorm

Betakoeffizienten von	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1992	1993	1992	1993
Bildung	-0,060 ^a	-0,118 ^c	-	-
Alter	-	-	0,148 ^c	0,136 ^c
Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage	0,076 ^a	0,140 ^c	0,091 ^b	-
Erwartung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage	-	-	0,066 ^a	-
Anomie	-	-	-0,077 ^a	-
Medienkonsum	0,065 ^a	-	-	-
Aufmerksamkeit gegenüber politischen Medieninhalten	0,080 ^a	0,090 ^a	0,130 ^c	0,127 ^c
Demokratiezufriedenheit	-	0,134 ^c	-	0,081 ^a
Zufriedenheit mit der Bundesrepublik wegen Freiheit	0,183 ^c	0,200 ^c	0,179 ^c	0,087 ^a
Zufriedenheit mit der Bundesrepublik wegen Wohlfahrtsleistungen	0,082 ^b	-	-	0,119 ^b
Stärke der Parteiidentifikation	0,165 ^c	0,289 ^c	0,124 ^c	0,193 ^c
R ²	0,148 ^c	0,259 ^c	0,168 ^c	0,161 ^c
N	1046	703	1043	740

~: in die schrittweise Regression nicht einbezogen.

a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$

Kontrolle der einbezogenen Einstellungsgrößen kaum feststellen. Lediglich Alter und Bildung tauchen in unseren Modellen auf, ersteres nur im Osten, letztere nur im Westen. Ältere Befragte in den neuen Ländern stimmen auch bei Kontrolle der Einstellungsskalen der Wahlnorm eher zu als jüngere; besser qualifizierte Probanden im Westen empfinden sie als weniger verbindlich als solche mit einfacher Ausbildung.

Mit unserer Wiederholungsbefragung können wir analog zum vorigen Abschnitt auch ermitteln, womit Veränderungen in der Zustimmung zur Wahlnorm vor allem zusammenhängen. An den Ergebnissen entsprechender Regressionsanalysen (Tabelle 6) überrascht nicht, daß Veränderungen der sozialstrukturellen Variablen sowie der politischen Involvierung in den Endmodellen nicht auftauchen, weil sich diese Größen kurzfristig kaum verändern. Signifikante Effekte auf die Veränderung der Akzeptanz der Wahlnorm haben vor allem Veränderungen von Bewertungen der wirtschaftlichen Lage sowie von Einstellungen zum politischen System und den Parteien. In beiden Landesteilen spielen Veränderungen in der Zustimmung zu der Aussage, daß an der Bundesrepublik vor allem die Garantie von Freiheitsrechten gefällt, eine erhebliche Rolle. Im Westen treten als signifikante Prädiktoren Veränderungen der Zufriedenheit mit dem Wohlfahrtsstaat und

Tabelle 6:
Schrittweise Regressionsanalyse der Veränderung der Akzeptanz der Wahlnorm

Betakoeffizienten der Veränderung von	Westdeutschland	Ostdeutschland
Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage	0,101 ^a	-
Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage	-	0,129 ^b
Zufriedenheit mit der Bundesrepublik wegen Freiheit	0,172 ^c	0,252 ^c
Zufriedenheit mit der Bundesrepublik wegen Wohlfahrtsleistungen	0,147 ^c	-
Stärke der Parteiidentifikation	0,193 ^c	-
Kompetenzgefühl (Efficacy)	-	0,106 ^a
R ²	0,119 ^c	0,101 ^c
N	405	460

In die Regressionsanalyse wurden nur diejenigen Befragten einbezogen, deren Akzeptanz der Wahlnorm sich zwischen den beiden Erhebungen verändert hatte.

-: in die schrittweise Regression nicht einbezogen.

a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$

der Stärke der Parteiidentifikation hinzu. In Ostdeutschland dagegen zeigt erstmals auch das Kompetenzgefühl Wirkungen: Bei dortigen Bürgern, deren Überzeugung abgenommen hat, daß sie selbst zur Teilnahme am politischen Prozeß fähig sind und/oder das politische System Responsivität gegenüber ihren Anliegen aufweist, ist auch ein deutlicher Rückgang ihrer Akzeptanz der Wahlnorm feststellbar.

5. Schlußbemerkung

Im „Superwahljahr“ 1994 wird sich zeigen, ob der Trend der Wahlbeteiligung des letzten Jahrzehnts anhält, zum Stillstand kommt oder sich wieder umkehrt. In diesem Beitrag wurde gezeigt, daß dafür neben Bewertungen der Demokratie, des politischen Systems und der Parteien durch die Bürger auch die weitere Entwicklung ihrer Akzeptanz der Wahlnorm ausschlaggebend sein wird. Wer Voraussagen wagt, setzt sich der Gefahr aus, durch die Tatsachen widerlegt zu werden. Angesichts der auch in anderen Lebensbereichen beobachtbaren abnehmenden Neigung, gesellschaftliche Normen unbefragt als verbindlich zu übernehmen, erscheint aber ein weiterer Rückgang der subjektiv empfundenen Wahlpflicht – und damit der Wahlbeteiligung – als wesentlich wahrscheinlicher als eine Tendenzwende.